Ä3 Kinder stärken, Familien begleiten

Antragsteller*in: KV Weimar/Weimarer Land

Änderungsantrag zu B5

In Zeile 1:
~~Die Jusos fordern:~~ Thüringer Kommunen stehen aktuell vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen sinken die Geburtenzahlen deutlich, was dazu führt, dass viele Kindergärten ihre Gruppen nicht voll belegen können und Einrichtungen – besonders im ländlichen Raum – sogar von Schließung bedroht oder bereits betroffen sind. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur wohnortnahe Betreuungsangebote, sondern auch die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum insgesamt. Zum anderen steigen die Anforderungen an die pädagogische Arbeit stetig, da immer mehr Familien vielfältige Unterstützungsbedarfe haben, beispielsweise durch multiple familiäre Belastungen oder durch Erfahrungen mit Flucht und Migration.

Deshalb fordern wir:

Von Zeile 3 bis 11:

1. dauerhafte landesseitige Finanzierung der Kita-Sozialarbeit im Rahmen der Haushaltsaufstellung sicherzustellen.Damit wird die wichtige Unterstützungsarbeit für Kinder, Eltern und Fachkräfte langfristig abgesichert und professionell begleitet.

2. ~~Bis das der Fall ist, fordern wir die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass auch bei rückläufigen Kinder- und Geburtenzahlen Kindergärten nicht vorschnell geschlossen werden, sondern kleinere Gruppen eingerichtet werden. So kann der gesetzlich beschlossenen Personalschlüssel von allen Kindergärten eingehalten oder sogar unterschritten werden und die pädagogische Qualität ausgebaut und die soziale Infrastruktur gesichert werden.~~

- Darüber hinaus fordern wir die SPD Thüringen auf, sich für eine vorausschauende und sozial ausgewogene Kita-Planung einzusetzen, die den unterschiedlichen Herausforderungen von Stadt und Land gerecht wird.
  Im ländlichen Raum müssen Kindertageseinrichtungen auch bei sinkenden Geburtenzahlen möglichst erhalten bleiben. Flexible Konzepte und kleinere Gruppen sichern dort sowohl pädagogische Qualität als auch soziale Infrastruktur.
  Zugleich sollten in städtischen Regionen rückläufige Geburtenraten nicht automatisch zu einem unkoordinierten Rückbau führen. Vielmehr braucht es eine planvolle und sozialpolitisch gesteuerte Anpassung der Kita-Struktur, um ein marktgesteuertes, unkontrolliertes „Kita-Sterben“ zu verhindern.
  Entscheidungen über Zusammenlegungen oder Schließungen dürfen nicht allein betriebswirtschaftlich getroffen werden, sondern müssen sozialräumlich, pädagogisch und familienpolitisch begründet sein. Nur so kann eine flächendeckende, sozial ausgewogene und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erhalten bleiben.

Begründung

Redaktionell.